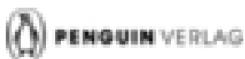




RENÉ PFISTER EIN FALSCHES WORT

Wie eine neue
linke Ideologie
aus Amerika
unsere
Meinungsfreiheit
bedroht



Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44 b UrhG ausdrücklich vor. Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

1. Auflage, 2023

Copyright © 2022 by Deutsche Verlags-Anstalt, München,
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Straße 28, 81673 München,
und SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG,
Ericusspitze 1, 20457 Hamburg

Umschlaggestaltung: total italic/Thierry Wijnberg

Satz: Leingärtner, Nabburg

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-328-11052-1

www.penguin-verlag.de

INHALT

Vorwort zur Taschenbuchausgabe	7
1 Warum die Demokratie auch von links bedroht wird – ein Vorwort	11
2 Ian Buruma oder: Es kann jeden treffen	29
3 Alles ist Diskurs oder: Die neue Sprache der Macht	39
4 Dorian Abbot oder: Der Terror der Minderheit	69
5 Campus Culture oder: Wie Universitäten zu geistigen Klöstern werden	77
6 Die Medien oder: Wie Parteilichkeit zur Tugend wird	111
7 David Shor oder: Wie sich das linke Lager von der Realität abschottet	135
8 Woke Capitalism oder: Ausbeutung, aber politisch korrekt	145

9	Ibram X. Kendi oder: Antirassismus als bürokratisches Perpetuum mobile	167
10	Eine neue Religion oder: Meine große Schuld	183
11	Chris Rufo oder: Cancel Culture von rechts	201
12	Identitätspolitik oder: Wie sich die Linke ihr Grab selbst schaufelt	213
13	Die Mühen der Demokratie oder: Warum wir den produktiven Streit brauchen	229
	Dank	239
	Anmerkungen	241

VORWORT ZUR TASCHENBUCHAUSGABE

Ein Buch zu schreiben ist immer ein Abenteuer, zumal eines wie dieses. Zu den Zweifeln, die jeden Autor in den einsamen Monaten am Schreibtisch plagen, gesellte sich noch eine andere Sorge: Ist es wirklich angebracht, in einer Zeit, in der sich die USA mühsam von der Präsidentschaft Donald Trumps erholen, ein Buch über die illiberale Linke zu schreiben? Und selbst wenn man die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten als Gefahr für die Meinungsfreiheit betrachtet: Sind sie wirklich auf Deutschland übertragbar, wie ich in meinem Buch behauptet hatte?

So gesehen war ich gespannt auf die Rezeption meines Buches und auf das Gespräch mit den Lesern. Um es kurz zu machen: Die Reaktionen haben mich überwältigt und ermutigt. Nicht nur, weil es elf Wochen auf der SPIEGEL-Bestsellerliste stand. Sondern auch, weil ich viele Zuschriften und Rückmeldungen von Menschen bekam, die nicht im Traum auf die Idee kommen würden, sich selbst als konservativ

einzuordnen - und die dennoch den Eindruck haben, dass es zunehmend schwieriger wird, sich einem neuen Zeitgeist zu widersetzen. Mich rief eine angesehene Wissenschaftlerin an, die Ärger mit Studenten bekommen hatte, weil sie im Unterricht das Wort »Sklaven« benutzt und nicht von »ver-sklavten Menschen« gesprochen hatte, wie es nun im korrekten Sprachgebrauch heißt. Ich erhielt eine Mail von einer Politikwissenschaftlerin, die von einer Kollegin zurechtgewiesen worden war, weil sie China als Diktatur bezeichnete; dies, so lautete die Kritik, sei ein eurozentristischer Blick. Mich schrieb ein Schulfreund an, der inzwischen Professor für Romanistik ist und der mit Sorge verfolgt, wie einseitig die Debatten an deutschen Universitäten verlaufen.

Nach Erscheinen meines Buches war ich für Lesungen an deutschen Hochschulen zu Gast. Es waren interessante, wenn auch sehr asymmetrische Abende. Praktisch alle Studentinnen und Studenten, die sich zu Wort meldeten, waren ganz entschieden der Meinung, dass es kein Problem mit der Meinungsfreiheit gebe und dass die Denkschule, die ich in meinem Buch zu beschreiben versuche, ein Werkzeug ist, um eine gerechtere und inklusivere Welt zu schaffen. Die jungen Leute, mit denen ich sprach, waren nicht unfreudlich: Niemand stand auf und verließ empört den Saal; es gab kein Geschrei und keine Protest-Performance. Aber sie schwammen in ihrer Weltsicht wie Fische im Wasser. Es gab kein Außen und keine Idee davon, dass man mit der eigenen Meinung vielleicht daneben liegen könnte.

Ich werde häufig gefragt, ob die »woke« Linke, die ich in meinem Buch beschreibe, ihren Höhepunkt inzwischen überschritten hat; ob das Pendel wieder zurückschwingt

Richtung Mitte. Ich bin mir nicht so sicher. Es gibt ohne Frage ermutigende Zeichen. Die »New York Times«, das große Flaggenschiff des liberalen Journalismus, ist erkennbar darum bemüht, ein breiteres Spektrum an Meinungen anzubieten. Universitäten wie Stanford wehren sich, wenn Studenten konservative Redner niederbrüllen.

Andererseits ist die Ideologie, die ich in diesem Buch beschreibe, ein zu machtvolles Instrument, um es einfach aus der Hand zu geben: Nichts ist bequemer als ein Diskurs, bei dem man die Gegner schon von vornherein als Querdenker, Rassisten oder Sexisten aussortieren kann. Und es ist gefährlich, wenn diese Methode nun in Deutschland auch noch mit staatlichem Geld gefördert wird. 150.000 Euro erhält die »Meldestelle Antifeminismus« jährlich von der Bundesregierung – ein Internetportal, bei der man Meinungsäußerungen melden kann, die man nicht teilen muss, aber die in keiner Weise dem demokratischen Comment widersprechen.

So gesehen erfordert eine lebendige Demokratie auch Mut; den Mut, sich Scharfmachern wie Björn Höcke oder Trump entgegenzustellen, der erneut versucht, das Weiße Haus zu erobern; aber auch jenen, die glauben, das Monopol darauf gepachtet zu haben, welche Meinungen im demokratischen Streit zulässig sind. Eine interessante Erfahrung, die ich in den vergangenen Monaten gemacht habe, ist, dass so viele Kollegen, Professoren oder Beamte mir sehr nette Mails und Briefe zu meinem Buch schickten; und gleichzeitig beteuerten, öffentlich lieber nicht zu sagen, was sie denken, weil es als zu riskant erscheint. Ihnen kann ich nur die Worte des österreichischen Dramatikers Johann Nestroy ans Herz legen: »Zu Tode gefürchtet ist auch gestorben«.

1

WARUM DIE DEMOKRATIE AUCH VON LINKS BEDROHT WIRD – EIN VORWORT

Das Erste, was mir auffiel, waren die Regenbogenflaggen. Als ich im April 2019 nach Washington flog, um für meine Familie ein Haus zu suchen, empfahl mir die Maklerin den Stadtteil Chevy Chase, einen stillen Vorort mit ordentlichen öffentlichen Schulen für unsere beiden Söhne. Ein Viertel, das mir so hipp wie Friedrich Merz erschien - und doch flatterte an fast jeder dritten Veranda die Fahne der Schwulen- und Lesbenbewegung.

Als ich meine Maklerin danach fragte, sagte sie, die Flaggen seien gehisst worden, nachdem sich der designierte republikanische Vizepräsident Mike Pence im November 2016 entschieden hatte, in die Gegend zu ziehen. Eigentlich steht dem amerikanischen Vizepräsidenten die Residenz auf dem Gelände des Observatoriums der US-Marine zu. Aber für eine Übergangszeit suchte er sich ein Mietshaus in Chevy Chase. Die Regenbogenflaggen, sagte meine Maklerin, seien als Zeichen des stummen Protests gegen den neuen

Nachbarn gehisst und später nicht mehr abgenommen worden. Pence, muss man dazu wissen, ist ein Christ, der die Bibel sehr wörtlich interpretiert. Als Kongressabgeordneter für den US-Bundesstaat Indiana hatte er sich darüber beklagt, dass im Schulunterricht nicht die Schöpfungsgeschichte gelehrt wird. Als in Berlin einmal ein Text über Pence auf meinem Schreibtisch landete, schrieb ich »Ajatollah aus Indiana« darüber.

Ich muss gestehen, dass mich die Fahnen mit Chevy Chase versöhnten. Bevor meine Frau und ich beschlossen, für den SPIEGEL als Korrespondenten in die USA zu ziehen, hatten wir über zehn Jahre in einer Stadtwohnung in Berlin gelebt. Ich hatte immer einen Widerwillen gegen Vororte, und die Regenbogenflaggen in Chevy Chase gaben mir das Gefühl, nicht vollends in einer Spießerhölle gelandet zu sein. Drei Tage später unterschrieb ich den Mietvertrag für ein Haus mit einer hübschen Veranda und einem kleinen Garten.

Ich freute mich auf die USA, ich kann es nicht anders sagen - ein Land, für das ich immer eine tiefe Sympathie empfand. Meine Eltern hatten nie etwas mit der säuerlichen Amerikaskepsis vieler Deutscher am Hut. Noch heute schwärmen sie von einer Reise nach San Francisco, die sie Mitte der Siebzigerjahre unternommen hatten. Als Kind bin ich mit Colt Seavers und dem »Trio mit vier Fäusten« aufgewachsen, meine erste große Liebe war Melissa aus »Falcon Crest«. Der erste Film, den ich abends im Kino sah, war »Top Gun« mit Tom Cruise, der dafür sorgte, dass die Jungs an meinem Gymnasium braune Pilotenlederjacken mit »Navy«-Aufnähern trugen. Ich mochte die Lakonie Hemingways und die erotischen Selbsterkundungen Philip

Roths, und nichts heiterte mich schneller auf als der anarchistische Humor von Larry David.

Als wir im Sommer 2019 in Washington ankamen, schickten wir unsere Kinder auf amerikanische Schulen, obwohl sie nur ein paar Brocken Englisch sprachen. Es war eine Entscheidung, die wir nicht bereuten. Die Lehrer nahmen sich der beiden Jungs mit einer Energie an, wie man sie von deutschen Schulen nicht unbedingt gewohnt ist. Ms. Lamers, die Klassenlehrerin meines jüngsten Sohnes, lud sich ein Sprachprogramm auf ihr Handy, um die Wörter zu verstehen, die er noch nicht übersetzen konnte. Mein ältester Sohn besuchte eine Middle School und fand schon nach ein paar Tagen amerikanische Freunde. Nach einem halben Jahr sprachen die beiden so gut Englisch, dass sie mich bat, in ihrer Gegenwart darauf zu verzichten, weil mein deutscher Akzent in ihren Ohren schmerze.

Unsere neuen Nachbarn hießen uns auf rührende Art und Weise willkommen. Judith, eine jüdische Rechtsanwältin in fünfter Generation, lud uns zum Thanksgiving-Dinner ein; weiter oben in unserer Straße zog Kapil mit seiner Frau Madhura ein, ein Kardiologe und eine Biologin, deren Kinder bald auf dem Trampolin in unserem Garten hüpfen. Und dann waren da noch Tim und Megan, das Juristenehepaar, in deren Garten wir amerikanisches Craft Beer tranken und die immer wissen wollten, was ich auf meinen Recherchereisen durch Amerika erlebt hatte.

Wenn ich davon erzählte, kam ich mir vor, als berichtete ich aus einem fernen Land. Was ich bei den Wahlkampfveranstaltungen von Trump sah, hatte nichts mit der weltoffenen Freundlichkeit zu tun, die wir in Chevy Chase

erlebten: die Meute, die »USA, USA« schrie, sobald Trump die Bühne betrat; die wütenden Männer, die »Lügner« zischten, wenn sie an dem abgesperrten Bereich vorbeizogen, in dem wir Journalisten von Trumps Presseleuten eingepfercht worden waren. Es gehörte zum Standardrepertoire des Präsidenten, in seine Reden einen Seitenhieb auf die Medien einzubauen. Im Ton der Entrüstung erzählte er davon, wie Journalisten das amerikanische Volk belügen würden. »Seht ihr, das senden sie jetzt nicht, das rote Licht an den Kameras ist aus«, sagte der Präsident dann, während die Halle wie mit einer Stimme »CNN sucks« zu brüllen begann - »CNN kotzt uns an«.

Zurück in Chevy Chase erschienen mir die Wut und der Hass, die das Land so furchtbar plagen, wie ein ferner Donnerhall. Wenn ich meinen Nachbarn von Trump und seinen Fans erzählte, waren sie peinlich berührt. In ihren Gesichtern standen Wut und auch eine Spur Scham über den Mann, der nun auch ihr Präsident war. Es war eine merkwürdige Erfahrung: Amerika, dieses so stolze und mächtige Land, das die Welt mit von den Nazis befreit, den ersten Mann auf den Mond geschickt und den Kommunismus in die Knie gezwungen hatte, wurde nun von einer ebenso lächerlichen wie gefährlichen Figur regiert - einem Aufschneider und Hochstapler, dessen Talent darin bestand, sich die dunklen Gefühle einer Nation zunutze zu machen.

Von Chevy Chase zum Weißen Haus sind es nur sechs U-Bahn-Stationen. Aber politisch war Trump Lichtjahre von meiner neuen Heimat entfernt. In den Vorgärten unserer Nachbarn standen Schilder, die an ihrer fortschrittlichen Gesinnung keinen Zweifel ließen: »Biden/Harris«,

»Moms demand action«, das Motto der Waffengegnerinnen in den USA. Oder schlicht: »Bernie«. Nach dem Mord an George Floyd prangte plötzlich ein riesiges »I can't breathe«-Graffiti auf dem Basketball-Platz neben der Grundschule meines Sohnes. Als Donald Trump im Oktober 2019 das Baseball-Stadion der »Washington Nationals« besuchte, wurde er aus tausend Kehlen ausgebuht.

In Chevy Chase konnte man leicht den Eindruck bekommen, als existiere Trump gar nicht. Am Eingang der Grundschule meines Sohnes hing ein Porträt Barack Obamas, der jeden Morgen so freundlich lächelnd die Schüler begrüßte, als sei er noch immer im Amt. Als wir im Dezember 2019 eine Party in unserer Nachbarschaft besuchten, war es das große Tuschelthema, dass unter den 40 Gästen auch ein republikanischer Lobbyist war. »He's a Trump voter«, flüsterte mir ein Bekannter mit dem leicht erregten Unterton eines Forschers zu, der eine seltene Spezies entdeckt hat.

Der Riss, der durch das Land ging, schien das idyllische Chevy Chase nicht erreicht zu haben. Das jedenfalls war über Monate mein Eindruck. Wenn jemand die Schuld daran trug, dass die USA immer unversöhnlicher wurden, dann der Wüterich im Weißen Haus, der täglich per Tweet seinen Zorn mit der Nation teilte: der Mexikaner als Vergewaltiger und Kriminelle beschimpfte und der Millionen Dollar aus dem Verteidigungshaushalt abzweigte, um eine Mauer an der Südgrenze der USA zu bauen. Würde das ganze Land die Toleranz und Menschenfreundlichkeit von Chevy Chase aufbringen, das war mein Eindruck, dann würde Trump bald verschwinden wie ein böser Alptraum.

Dieses Bild wurde zum ersten Mal getrübt, als ich im Frühjahr 2020 mit einem Freund auf einer Bank saß und wir unseren Söhnen beim Fußballtraining zuschauten. Mein Freund ist Österreicher mit amerikanischem Pass, und er berichtete mir von seinem Sohn, der in der Schule zurechtgewiesen worden war, weil er gesagt hatte, er finde nichts dabei, wenn sich Weiße Dreadlocks wachsen lassen. Dreadlocks sind in den USA seit einigen Jahren Gegenstand eines erbittert geführten Kulturkampfes, weil sie - so das Argument - einen Teil der afroamerikanischen Kultur bildeten und es deshalb eine »kulturelle Aneignung« sei, wenn sie von Weißen getragen werden. Inzwischen vergeht in den USA keine Woche, in der nicht der Vorwurf der »cultural appropriation« erhoben wird. Die Debatte treibt bisweilen kuriose Blüten. Im Jahr 2015 veröffentlichte das Gourmetmagazin »Bon Appétit« einen Artikel mit der Überschrift »So gelingen Ihnen wirklich gute Hamantaschen«. (Hamantaschen sind ein Süßgebäck aus der jüdischen Küche.)

Das Rezept stand jahrelang auf der Website des Magazins, ohne dass jemand daran Anstoß genommen hätte - bis sich eine New Yorker Foodbloggerin auf Twitter darüber beklagte, dass die Autorin des Rezepts keine Jüdin sei. Es dauerte nicht lange, bis »Bon Appétit« eine zerknirschte Entschuldigung veröffentlichte. »Die Originalversion dieses Artikels war in einer Sprache abgefasst, die unsensibel gegenüber der traditionellen jüdischen Küche war und die nicht den Standards unserer Marke entsprach«, schrieb die Redaktion unter den Text und kündigte an, sich in einem »Archive Repair Project« auf die Suche nach ähnlichen Sünden in anderen Rezepten zu machen.¹

Die Idee der »kulturellen Aneignung« war schon immer eine abschüssige Bahn. Denkt man das Konzept konsequent zu Ende, stellen sich schnell komplizierte Fragen: Darf ein chinesischer Klaviervirtuose Bach spielen? Ist es nicht ein Zeichen von kultureller Überheblichkeit, wenn ein britischer Koch ein indisches Currygericht zubereitet? Und müssen sich nicht die Münchener wehren, wenn jedes Jahr Tausende Japaner, Italiener und Norddeutsche zum Oktoberfest in Lederhosen und Haferlschuhe steigen? Auch der Streit um die Dreadlocks wird komplizierter, je näher man hinschaut: Sie waren bei den aztekischen Priestern verbreitet und werden noch heute von einigen hinduistischen Mönchen getragen. Es ist also schwer zu argumentieren, dass sie allein Ausdruck der afroamerikanischen Kultur seien.

Das nächste irritierende Ereignis folgte um den 12. Oktober 2020, als in den USA der »Columbus Day« gefeiert wurde und auch im Unterricht meines Sohnes die Sprache auf den italienischen Seefahrer kam. Natürlich war Kolumbus in der Erzählung der Schule nicht mehr die Heldenfigur, zu der er über viele Jahrzehnte gemacht worden war. Er war nicht der Mann, der Amerika »entdeckt« hat, sondern der ruchlose Geschäftemacher, der unzählige Menschen in Sklaverei und Tod gestürzt hatte.

Es ist richtig und notwendig, über die Schrecken zu reden, die mit der Ankunft der »Santa Maria« für die Ureinwohner Amerikas begonnen hatten. Aber ist es nicht dennoch eine epochale Leistung, sich mit drei Schiffen auf die unbekannten Weiten des Atlantiks zu wagen? Im Gespräch mit meinem Sohn wurde mir klar, wie zögerlich er und seine Mitschüler waren, in der Schule solche Ambivalenzen auch

nur zu diskutieren. Als mein Sohn einen amerikanischen Freund fragte, ob er im Unterricht sagen solle, dass Kolumbus - trotz all seiner Fehler - eben doch auch ein Kind seiner Zeit gewesen sei, sagte der, diese Meinung solle er besser für sich behalten. »It will bring you into trouble.« Kinder haben ein feines Gespür für das geistige Klima, in dem sie sich bewegen. So gerne meine Söhne in amerikanische Schulen gingen, so klar war ihnen auch, dass diese Orte sind, wo man Worte sehr genau wägen sollte.

In den USA wird inzwischen eine heftige Debatte darüber geführt, ob öffentliche Schulen zu einem Hort linker Indoktrination geworden sind. Sie wird bestimmt von Dogmatikern auf beiden Seiten. Während die Republikaner in vielen Bundesstaaten dabei sind, ihre Vorstellung von patriotischer Erziehung per Gesetz festzuschreiben, verschließen die Demokraten oft ihre Augen vor der Gefahr, die eine ideologisch durchtränkte Erziehung mit sich bringt. Natürlich ist es notwendig, an den Schulen über das Verbrechen der Sklaverei zu sprechen und wie es die USA von Anfang an geprägt hat. Aber ich verstehe Eltern, die sich dagegen wehren, wenn ihren Kindern in der Schule beigebracht wird, dass das wahre Gründungsdatum der USA nicht etwa die Verkündung der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1776 war, sondern die Ankunft der ersten Sklaven in Virginia im Jahr 1619. Es macht Eltern noch nicht zu reaktionären Hinterwäldlern, wenn sie darauf bestehen, dass das amerikanische Projekt nicht allein aus Gewalt und Unterdrückung besteht.

Der Journalist Damon Linker hat in einem viel beachteten Artikel geschrieben, dass die amerikanische Linke der-

zeit denselben Fehler wiederhole, den sie in der Ära des republikanischen Kommunistenfressers Joseph McCarthy begangen habe. Statt dessen antidemokratische Hysterie zu bekämpfen und gleichzeitig die Gefahren des Kommunismus ernst zu nehmen, habe sie den McCarthyismus als alleinige Gefahr betrachtet – und die autoritäre Bedrohung von links vernachlässigt.² Hat er damit recht?

Ich habe keinen Zweifel daran, dass Trump – wenn er noch einmal an die Macht käme – keine Sekunde zögern würde, die USA in eine Autokratie zu verwandeln. Als ich mit meinen Kollegen in Washington im August 2020 eine SPIEGEL-Titelgeschichte mit der Zeile »Operation Wahlbetrug« schrieb, mussten wir uns danach zum Teil hämischen Spott anhören. Uns wurde der Vorwurf gemacht, wir würden die Gefahr für die amerikanische Demokratie maßlos übertreiben. Als am 6. Januar 2021 das Kapitol gestürmt wurde, spottete niemand mehr.³

Als SPIEGEL-Korrespondent habe ich das gesamte Wahljahr 2020 damit zugebracht, die existenzielle Gefahr für die amerikanische Demokratie zu beschreiben. Und diese Gefahr ist noch nicht gebannt. Trumps Versuch, Joe Biden den Wahlsieg zu stehlen, ist erst einmal gescheitert. Aber inzwischen haben viele republikanisch dominierte Staaten ihre Wahlgesetze geändert. Das Ziel ist eindeutig: Es geht darum, im Jahr 2025 Trump oder einen anderen rechten Populisten auch dann ins Oval Office zu bugsieren, wenn er keine Mehrheit hinter sich hat.

Warum also dieses Buch? Warum sich aufhalten mit einer Pädagogik, die rigide und dogmatisch sein mag, aber doch nur das Beste will? Warum Tinte verschwenden wegen